



HESSISCHER LANDTAG

10. 05. 2007

*Dem
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
überwiesen*

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP betreffend Ausbau des Frankfurter Flughafens - Mediationsergebnis verwirklichen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag beschließt erstmals über den Hessischen Landesentwicklungsplan. Dies stellt einen Meilenstein in der parlamentarischen Arbeit dar, da die Entscheidungskompetenz des Parlaments wesentlich erweitert wird. Bei dem wichtigen Projekt des Frankfurter Flughafens will der Hessische Landtag zum einen deutlich machen, dass bei seiner Entscheidung auch über die reinen Raumordnungsfragen hinausgehende Erwägungen von Bedeutung sind. Zum anderen wird eindeutig klargestellt, dass der Landtag in keiner Weise beabsichtigt, in die Planfeststellungskompetenz des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und seine eigenständige Ermessensausübung einzugreifen.
2. Der Hessische Landtag knüpft an das Ergebnis des Mediationsverfahrens an mit seinen untrennbaren Komponenten: Optimierung des vorhandenen Bahnsystems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr, Anti-Lärm-Pakt und Einführung eines regionalen Dialogforums. Eine positive Beschlussfassung geschieht in der Absicht, den Vorschlag der Mediatoren zu verwirklichen, die eine noch bessere Auslastung der vorhandenen Start- und Landebahnen und den Ausbau des Flughafens für notwendig erklären.
3. Der Hessische Landtag begrüßt die Arbeit des Regionalen Dialogforums. Die durch die Gutachten gewonnenen Erkenntnisse in den wissenschaftlichen und juristischen Fragen müssen ebenfalls in die abschließenden Bewertungen eingehen. Der Landtag würde es sehr begrüßen, wenn es vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses eine über das Mediationsergebnis hinausgehende Einigung über Details der Realisierung des Ausbaus geben könnte, um diese Vorstellung noch vor der Planfeststellung einbringen zu können. Hierzu gehören insbesondere die Umsetzung der von den Mediatoren empfohlenen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in besonders sensiblen Zeitbereichen, die Senkung des Dauerschallpegels, die Begrenzung der Einzelschallereignisse in der Nacht sowie die Einhaltung der Zumutbarkeitsgrenzen durch Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes. Das betrifft insbesondere Details zur Ausgestaltung des Anti-Lärm-Paktes und des Nachtflugverbotes. Die Landesregierung wird gebeten, die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen des Regionalen Dialogforums, soweit es gesetzlich möglich ist, in die Planfeststellung zu übernehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Jahre 2008 eine Verkehrskonferenz durchzuführen, die sich mit den durch den Ausbau ergebenden und nicht im Planfeststellungsbeschluss berücksichtigten Veränderungen auseinandersetzt und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept erarbeitet.

Wiesbaden, 10. Mai 2007

Für die Fraktion der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Wintermeyer

Für die Fraktion der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti

Für die Fraktion der FDP
Die stellv. Fraktionsvorsitzende:
Henzler